

Rechtliche Folgen nach dem Tag der Arbeit

Das 1.-Mai-Komitee hat nach dem Polizeieinsatz rechtliche Schritte eingeleitet, wie es an einer Medienkonferenz ausführt.

Neomi Agosti

Auch zehn Tage später bringt der Tag der Arbeit noch Nachbeben mit sich. Laut dem 1.-Mai-Komitee handelte es sich bei dem Polizeieinsatz an der bewilligten Demonstration um eine widerrechtliche Handlung. Dagegen geht das Komitee nun mit verschiedenen Rechtsmitteln vor.

Im grossen Saal des Gewerkschaftshauses hielt das Komitee am Mittwoch eine Medienkonferenz ab, in welcher sie über die von ihnen ergriffenen Rechtsmittel informierten.

Freiheitsbeschränkungen während der Einkesselung

Die Demokratischen Juristinnen und Juristen der Schweiz (DJS), vertreten durch den Anwalt Guido Ehrler, zogen ihre Bilanz. Ehrler sagt, dass sich bis jetzt

55 Menschen mit Anliegen bei ihnen gemeldet haben. Die Hälfte davon habe Freiheitsbeschränkungen während der Einkesselung durch die Polizei er-

«Die Polizeifalle hat kurz darauf zugeknippt.»

Guido Ehrler
Anwalt der DJS

litten. Die anderen haben zusätzliche Zwangsmassnahmen erfahren. Laut Ehrler handle es sich hier sogar um einen Freiheitsentzug. Dies, weil die meisten nach der stundenlangen Einkesselung noch auf den Polizeiposten mitgenommen wurden.

Bevor der Demonstrationzug losmarschieren konnte, seien die DJS im De-Wette-Park im Dialog mit der Polizei gestanden, sagt Ehrler. Das Dialogteam der Polizei habe sie nicht darauf hingewiesen, dass die Vermummten gewaltbereit aussähen und daher präventive Massnahmen eingeleitet werden müssten. Dies, obwohl die Polizei durchaus die Möglichkeit hat, dem Demonstrationzug die Bewilligung noch vor Ort zu entziehen, sagt Ehrler und fügt hinzu: «Die Polizeifalle hat kurz darauf zugeknippt.»

Eine Falle sei es gewesen, da Menschen im Vorfeld der Demonstration unabhängig davon durch die Polizei auf den Posten mitgenommen wurden. Die verschiedenen Rechtsmittel, die ergriffen wurden, sollen nun die Frage klären, ob der Einsatz der Kantonspolizei rechtmässig war. Inhaltlich betreffen die Rechtsmittel die Freiheitseinschränkung, den Mitteleinsatz der Polizei sowie den Platzverweis. Am Schluss wird ein Gericht darüber befinden.

«Das ist die Idee des Rechtsstaats»

Die Bz wollte von Markus Schefer, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel, wissen, wie seiner Meinung nach die Erfolgschancen für einen solchen rechtlichen Antrag stehen. Er sagt, der

Sachverhalt sei zu diesem Zeitpunkt aus juristischer Perspektive nicht ersichtlich, auch für die Menschen, die teilgenommen haben. «In dem Stadium abzuschätzen, wie die Erfolgschancen einer solchen Klage stehen, ist, ohne alle Aspekte des Sachverhalts zu kennen, sinnlos», so Schefer.

«Chilling-Effekt» für den 14. Juni?

Er sagt, wenn man der Überzeugung sei, dass das System widerrechtlich gehandelt habe, dann würde es einem zustehen, Rechtsmittel einzusetzen. Es sei zwar mit einem Mehraufwand verbunden, aber es sei durchaus wichtig. «Das ist die Idee des Rechtsstaats», sagt Schefer.

Nach der Einreichung der Rechtsmittel folgt nun das Warten. Am Ende der Medienkonferenz wurde über die Folgen eines solchen Polizeieinsatzes für weitere bewilligte Demonstrationen gesprochen.

Der Begriff «Chilling-Effekt» fiel einige Male im Verlaufe der Konferenz. Darunter versteht man den abschreckenden Effekt, welcher beispielsweise die Einkesselung durch die Polizei bei einer bewilligten Demonstration für künftige Kundgebungen haben kann.

Besonders in Anbetracht des näherkommenden 14. Juni, dem Frauenstreiktag, an welchem üblicherweise demonstriert wird.

Daria Frick, Leiterin der Kommunikation der Unia Nordwestschweiz, hofft, dass sie am 14. Juni trotz des Vorfalls friedlich demonstrieren dürfen. Ihnen sei es besonders wichtig, die Sicherheit aller Beteiligten garantieren zu können.

«Uns nennt man die Klima-Omis»

Zwei Aktivistinnen der End Fossil-Bewegung Basel treffen die Co-Präsidentin der Klimaseniorinnen für ein Generationengespräch.

Laura Ferrari

Seit Montag campieren Aktivistinnen und Aktivisten der Klimabewegung End Fossil Basel auf dem Petersplatz vor dem Kollegienhaus der Universität Basel. Noch bis Freitag wollen sie bleiben, danach werden die Zelte und Banner wieder eingepackt. Das Programm war vielfältig. Es gab Workshops, Diskussionsrunden und Konzerte. Zudem haben die Aktivistinnen und Aktivisten der Uni Basel am Montag einen offenen Brief überreicht.

In diesem fordert die Bewegung unter anderem, dass sich «die Uni Basel aktiv für ein Ende des fossilen Zeitalters einsetzt und Transparenz über ihre Verstrickungen mit Grosskonzernen und Banken schafft», schreibt End Fossil. Die Aktivistinnen und Aktivisten verlangen, dass die Uni-Leitung bis Anfang des Herbstsemesters transparent über ihre Finanzierung spricht.

Ein Kampf mit unterschiedlichen Mitteln

Im Rahmen ihrer Besetzungskampagnen treffen zwei Aktivistinnen die Co-Präsidentin der Klimaseniorinnen, Rosmarie Wydler, zu einem Generationengespräch. Die Klimaseniorinnen sind ein schweizerweiter Verein, bestehend aus rund 2500 Mitgliedern. Bekannt wurden sie aufgrund ihrer Klage gegen den Bundesrat: «Wir haben den Bund verklagt, weil wir als ältere Frauen nachweislich am stärksten gesundheitlich von der Klimaerhitzung betroffen sind und der Bund zu unserem Schutz mehr dagegen unternehmen muss», sagt Wydler.

Jetzt begegnen sich Aktivistinnen, die für sehr ähnliches kämpfen, sich aber in verschiedener Hinsicht unterscheiden. Die Aktivistinnen, die vor dem



Treffen sich auf dem End-Fossil-Camp zum Gespräch: v.l.n.r.: Ainhoa Martinelli, Rosmarie Wydler und Nora Savioni. Bild: Nicole Nars-Zimmer

Kollegienhaus campieren, sind junge Studentinnen. Das Durchschnittsalter der Klimaseniorinnen beträgt rund 73 Jahre.

«Ich bin an jeder Demonstration dabei, aber es wird für uns ältere Frauen zunehmend schwierig. Viele können wegen Rückenproblemen kein Transparent mehr hochhalten», sagt Rosmarie Wydler. Geschweige denn vor einer Uni im Zelt zu schlafen. Wobei die Seniorin früher auch an Besetzungen teilgenommen habe. Zum Beispiel bei AKW-Besetzungen in den 70er-Jahren.

Was die Aktivistinnen auch voneinander unterscheidet, ist die Art und Weise, wie sie Veränderung schaffen wollen. Während die Klimaseniorinnen mit

ihrer Klage den juristischen Weg gewählt haben, hat sich die End Fossil-Bewegung zum Ziel gesetzt, zu intervenieren, zu besetzen und so bewusst den gewohnten Rhythmus der Gesellschaft zu stören.

«Wir müssen uns organisieren»

«Wir stehen für einen systemischen, sozialtragenden Wandel von unten», sagt Nora Savioni, Aktivistin von End Fossil und Studentin an der Uni Basel. Ainhoa Martinelli, ebenfalls Studentin und Mitglied bei End Fossil, ergänzt: «Wir sind überzeugt, dass man sich organisieren muss, um Veränderung zu schaffen und Menschen zum Umdenken zu bewegen». Span-

nend wird das Gespräch bei der Frage, als Rosmarie Wydler von den beiden wissen will, wie sie ihr Leben konsequent klimafreundlich gestalten. Während Wydler nämlich die Meinung vertritt, dass die Kundschaft der König oder die Königin sei und somit beeinflusse, was zu welchem Preis verkauft werde, sehen das die beiden Studentinnen anders.

Martinelli sagt: «Ein Konzern steuert mit seinen Preisen, was verkauft wird. Und mit Werbung werden Bedürfnisse bei den Leuten geschaffen, von denen sie gar nicht wussten, dass sie vorhanden sind». Sie fügt an, dass es gerade darum gehe, dass Menschen, die etwas ändern wollen, die Möglichkeit

haben, sich zu organisieren und sich in einer Gruppe gemeinsam für eine Veränderung stark zu machen.

Weg von der Individualkritik

«Für mich ist die Frage nach dem Konsum Einzelner komplett am Ziel vorbeigeschossen, weil sie ausschliessend ist und die Kritik nicht auf individueller Ebene geschehen sollte», sagt Savioni. Es habe zudem mit der eigenen gesellschaftlichen Positionierung zu tun, ob man das Privileg habe, sich mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen zu können.

Sie haben sich viel zu sagen, die drei Frauen. Jetzt soll es darum gehen, dass in Zukunft eine

Kritik an der Aktion

Kritisiert werden die Aktivisten und Aktivistinnen sowie die Universität von bürgerlicher Seite. Denn die Uni solle ein unbewilligtes Campieren auf dem Petersplatz nicht dulden. SVP-Grossrat Joël Thüring nennt die Besetzung eine «False-Flag-Aktion», wie bei Onlinemedium Bajour zu lesen ist. Er findet, dass die Forderungen der Aktivisten und Aktivistinnen keinen Zusammenhang mit dem Thema Klima hätten. Auch sein Kollege Roger Stalder zeigt kein Verständnis. «Dass dies nun die Uni und die Polizei duldet, geht für mich nicht», schreibt er auf Bajour. Auf Twitter empörten sich die Jungfreisinnigen Basel-Stadt, als die Aktivistinnen und Aktivistinnen am Donnerstag in der Uni Parolen sangen: «Inakzeptabel. Die Lernatmosphäre der Studierenden während Prüfungsphasen derart zu stören, ist asozial. Wir fordern die Uni auf, zu handeln», schreibt die junge FDP auf Twitter. (bz)

Zusammenarbeit entstehen kann. Denn was die beiden Generationen gemeinsam haben ist, dass sie den Eindruck haben, nicht ernst genommen zu werden. Wydler sagt: «Uns nennt man Klima-Omis. Würde man eine Gruppe von alten, weissen Männern Klima-Opis nennen?»

Diese Erfahrung machen anscheinend auch die Jungen, eben weil sie jung sind. «Ältere Leute sagen uns zwar, dass wir eine tolle Arbeit machen, aber unterstützt werden wir von ihnen nicht», sagt Martinelli. Deswegen wünschen sich die End Fossil-Aktivistinnen und Aktivisten in Zukunft eine Vernetzung mit der älteren Generation, denn sie wollen weg davon, nur «die Jungen» zu sein.